

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,80 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge sowie pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbezüge werden nicht angenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Franz Polerny; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Westenhofenstraße 38-42. Telefon-Nr. 89. Telegr.-Adr.: Mittelb. Bochum.

Ein weltgeschichtlicher Tag.

So kann man den 12. Dezember mit vollem Recht nennen. An diesem Tage trat der Kanzler des Reiches, dessen Seele sich in diesem Kriege der größten militärischen Erfolge rühmen dürfen, trotzdem auf und bot der Welt den Frieden an! In der Geschichte wohl aller Kriege war es stets der Besiegte, der Friedensangebote machte. Jetzt aber ist es der oberste Beamte des Deutschen Reiches, der nach einer unerwartet raschen Bewältigung Rumäniens im Einverständnis mit den österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Staatsleitern den feindlichen Mächten anbietet, in Friedensverhandlungen einzutreten. Ein in der Weltgeschichte beispielloses Ereignis.

Die deutsche Regierung wurde plötzlich für den 12. Dezember zu einer Sitzung einberufen. Vor den versammelten Volksvertretern erklärte der Reichskanzler, Herr von Bethmann-Hollweg, der deutsche Kaiser und seine Verbündeten hätten „den Herkules für eine offizielle Friedensaktion für gekommen“. Hierüber hätten, am selben Tage, die Regierungsvertreter in Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel den Vertretern der neutralen Mächte, auch dem Papste, eine Note zur Übermittlung an die Regierungen der mit uns im Kriege befindlichen Mächte überreicht, des Inhalts, daß die Vierverbandsmächte sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärten. Die entscheidenden Sätze der Note lauten:

„Der furchtbarste Krieg, den die Geschichte je gesehen hat, wütet seit bald 2 1/2 Jahren in einem großen Teile der Welt. Diese Katastrophe, die das Band einer gemeinsamen tausendjährigen Zivilisation nicht hat aufhalten können, bringt die Menschheit um ihre wertvollsten Erzeugnisse. Sie droht, den geistigen und materiellen Fortschritt, der den Stolz Europas zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete, in Trümmer zu legen. Deutschland und seine Verbündeten, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei, haben in diesem Kampfe ihre unüberwindliche Kraft erwiesen. ... Zur Verteidigung ihres Lebens und ihrer nationalen Entwicklungsfreiheit wurden die vier verbündeten Mächte gezwungen, zu den Waffen zu greifen. Auch die Neutralen haben sich daran beteiligt. ... Sie haben sich an der Überzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu zerschmettern oder zu vernichten. Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf nötigenfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichzeitig aber von dem Wunsche befeuert, welches Blutvergießen zu verhindern, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten und dem Kampfe ein Ende zu machen. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen und die darauf gerichtet sind, das Leben, die Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern, bilden nach ihrer Überzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.“

Wenn trotz dieses Anerbietens zum Frieden und zur Versöhnung der Kampf fortbauern sollte, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, ihn bis zum siegreichen Ende zu führen. Sie lehnen aber freiwillig jede Verantwortung dafür vor der Menschheit und der Geschichte ab.“

Der Rede des Reichskanzlers folgte berechtigter stürmischer Beifall des Reichstages und der überfüllten Tribünen. Darauf vertagte sich der Reichstag. Wohl versuchten einige politische Gruppen, über die Rede sofort in eine Debatte einzutreten, aber die große Mehrheit des Reichstages lehnte es mit Recht ab, in diesem Augenblicke vielleicht noch Reden zu hören, die dem Auslande ein falsches Bild von der Stimmung des deutschen Volkes geben würden.

In den Massen der Völker lebt längst eine inbrünstige Friedenssehnsucht. Das Entsetzen vor dem blutigen Gemetzel wächst mit jedem Tage stärker an. Die Vertreter der Mittelmächte konnten den Völkern keine bessere Weihnachtsfreude bereiten als durch die Botschaft, nunmehr positive Schritte zur Herbeiführung des Kriegsabschlusses zu tun. Noch viel größer wäre natürlich die Freude, wenn wir mit dem Weihnachtsfest zugleich den heißersehnten Weltfriedenstag feiern könnten. Ob es nicht wenigstens bis dahin zu einem vorläufigen Waffenstillstand kommt, das hängt nun nicht von Deutschland und seinen Verbündeten, sondern von den feindlichen Mächten ab.

Leider muß gesagt werden, daß das bisherige Echo auf unser Friedensangebot aus England, Frankreich, Italien und Rußland wenig verheißungsvoll klingt. Die im Solde großkapitalistischer Cliquen stehende Schreckpresse hat auf das Friedensangebot mit neuen Kriegsinfarnen, mit Beschimpfungen, Hohn und Spott geantwortet. Wieder zeigt sich, welches unglückliche Unglück diese verbrecherische Presse für die Völker ist. Auf die Nachricht von dem Friedensangebot sind in der New Yorker Börse die Aktien der Kriegsinstrumente jäh gefallen. Es entstand eine riesige Panik! Das ist ein furchtbares Symptom des kapitalistischen Geistes, der sich nicht um die entsetzlichen Blutopfer der Völker, nicht um die Tränen von Millionen Witwen und Waisen kümmert, sondern den schauerlichsten Krieg als die beste Geschäftskonjunktur ausnützt. Diese Barbarei mit Stumpf und Stiel auszurotten, muß sich jeder Mensch zum Ziel setzen, wenn dauernde Friedensbürgschaften geschaffen werden sollen.

Die Hand zum Frieden ist unsererseits geboten, nicht aus Schwäche und Furcht, sondern aus tiefem Mitgefühl für die leidende Menschheit. Wir freuen uns, daß dieser Schritt von Deutschland und seinen Verbündeten getan worden ist. Dieser Schritt ist weit höher als der Gewinn der größten Schlacht. Unterstützen wir alle, die den Krieg als ein entsetzliches Völkervernichtungsgeschäft haben, die angeblichen Friedensvermittlungen. Wer sie ausschlägt, der allein trägt die

schwere Blutschuld! Unterstützen wir durch besonnenen Rat und opferfreudige Tat die Bemühungen um den Frieden, damit endlich, endlich die Botschaft zur Wahrheit werde:

Friede auf Erden

Und den Menschen ein Wohlgefallen!

Zur selben Stunde, wo im deutschen Reichstag die ehrliche Bereitschaft zu Friedensverhandlungen erklärt wurde, tagte in Berlin ein Kongreß, der für die innere Politik Deutschlands dieselbe Bedeutung erlangen kann wie die Friedensangebote für die weltpolitische Stellung der verbündeten Mittelmächte. Die Vertreter aller freien, christlichen, kirchlich-Dunderschen und polnischen Gewerkschaften sowie der bedeutendsten Angestelltenverbände traten, zum ersten Mal, zur gemeinsamen Beratung zusammen. Die repräsentierten Organisationen zählten vor dem Kriege zusammen etwa 4 Millionen Mitglieder! Eine solche imposante Veranstaltung fand bisher in Deutschland noch nicht statt. Das charakterisiert den Kongreßtag auch als einen Tag von weltgeschichtlicher Bedeutung, denn von diesem Kongreß werden ebenfalls weltpolitische Wirkungen ausgehen.

Es galt Stellung zu nehmen zu dem Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst. Kollege Legien, Vorsitzender unserer Generalkommission, konnte in seiner Einleitung als Eröffner des denkwürdigen Kongresses mit Recht seine beispiellose Bedeutung für die deutsche Arbeiterbewegung hervorheben, die auch darin markant zum Ausdruck kam, daß als offizielle Vertreter der Regierung und der Generalsektion die Herren Staatssekretär Dr. Helfferich und der Chef des neuen Kriegsrats, General Gröner, in längeren Ansprachen die Versammlung begrüßten und versicherten, daß die Regierung sich freue, auf die tätige Mitwirkung der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen rechnen zu dürfen. Wieder wurde diesen Organisationen das Anerkenntnis gezollt, unentbehrliche Glieder der Volkswirtschaft zu sein, ein Anerkenntnis, das auch in der Friedenszeit nachwirken wird, wenn unsere Kameraden die Zeit verstehen, nicht nachlassen in der Stärkung der Organisation! Darauf eben kommt es immer an.

Ausführliche Referate der Abgg. Bauer (freie Gewerkschaften) und Behrens (christliche Gewerkschaften) behandelten die Entstehung, den Zweck und die praktische Durchführung des Gesetzes betr. den vaterländischen Hilfsdienst. Dann sprachen abwechselnd die Vertreter der repräsentierten Gewerkschafts- und Angestelltenverbände ihre Meinung über das Gesetz aus, brachten Spezialwünsche für seine Durchführung vor und schließlich klang aus allen der Reden der Appell an die Arbeiter- und Angestelltenverbände: Das Gesetz wird gute Wirkungen haben, es wird die Stellung der Arbeiter und Angestellten stärken, wenn der Organisation unerschütterliche Treue bewahrt wird und alle noch fernstehenden Kameraden den Organisationen zugeführt werden.

Namens unseres Verbandes sprach Kamerad Hue, der den unbedingt nötigen Schutz der Bergarbeiter, namentlich der jugendlichen und weiblichen Arbeiter betonte, speziell sich entschieden gegen die Beschäftigung weiblicher Arbeiter unter Tage und auch gegen die Zulassung der „Wirtschaftsfriedlichen“ als Arbeitervertreter in den vom Gesetz vorgesehenen Kommissionen aussprach. Weiter forderte der Redner eine möglichst gute Nahrungsversorgung für die Schwerindustriearbeiter. Im gleichen Sinne sprach der Vorsitzende H. Vogelgang vom christlichen Gewerksverband der Bergarbeiter.

Die Schlussrede hielt Generalsekretär A. Stegerwald vom Gesamtverband christlicher Gewerkschaften. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die heute bekundete Einmütigkeit der Arbeiter- und Angestelltenverbände auch nach dem Kriege nicht wieder ausgelöscht werde.

Dann richtete der als Delegiert für Arbeiterangelegenheiten in das Kriegsamt berufene Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, M. Schilde, an den Kongreß die Bitte, ihn in seinem verantwortungsvollen Amte mit Rat und Tat zu unterstützen.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 12. Dezember in den „Germania“-Sälen zu Berlin versammelten Vertreter von rund 4 Millionen organisierter Arbeiter und Angestellten erklären, an der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst nach Kräften mitarbeiten zu wollen.“

Die durch die Organisation der Arbeiter und Angestellten vertretenen Volksschichten sind bereit, einig und geschlossen alle Kraft in den Dienst unseres Landes zu stellen, damit die Vernichtungspläne der Gegner Deutschlands erfolglos bleiben.

Von der Reichsregierung und dem Kriegsamte erwarten die Versammelten weitgehende Förderung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiter und Angestellten auf Erhaltung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie die Sicherung des Koalitionsrechts. Sie fordern eine stärkere Bekämpfung des Lebensmittelwunders und eine bessere Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, damit die arbeitende Bevölkerung die an sie gestellten Anforderungen erfüllen kann.“

Das Abstimmungsergebnis wurde mit lebhaftem Beifall angenommen.

Wenn auch die Unternehmerschaft diesen imposanten Kongreß der deutschen Gewerkschafts- und Angestelltenverbände zeitgemäß bewertet, dann wird dies für die innerpolitischen und wirtschaftlichen Zustände in Deutschland nach dem Kriege günstige Folgen haben. Wie aber hinter dem deutschen Friedensangebot an die feindlichen Mächte der feste Wille steht, sollte

das Angebot zurückgewiesen werden, dann die Verteidigung unseres Landes mit fester Entschlossenheit durchzuführen, so müssen sich auch unsere Kameraden für den Fall einrichten, daß ihren berechtigten wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Forderungen kein Entgegenkommen gezeigt wird. Geht es nach gewissen Auslassungen in der Unternehmerpresse, dann wird die Einmütigkeit, welche auf dem Kongreß am 12. Dezember 1918 zum Ausdruck kam, auch wuchtig einwirken müssen, um der Arbeiterschaft und den Angestellten die ihnen gebührende Anerkennung überall zu verschaffen. Darum nicht rasten, sondern arbeiten, organisieren für die Zukunft. Glückauf!

Die Bergarbeiterlöhne in Preußen.

Nach der in diesen Tagen veröffentlichten amtlichen preussischen Statistik über die Gesamtzahl der Bergarbeiter, über die verfahrenen Schichten im Bergbau und über die von den Bergleuten verdienten Löhne sind im Bergbau im 3. Vierteljahr 1918 587 849 Arbeiter im Bergbau beschäftigt gewesen gegen 587 791 Arbeiter im 2. Vierteljahr 1918 und 787 177 Arbeiter im letzten (2.) Friedensvierteljahr 1914. Wie in den vorhergehenden Vierteljahren in der letzten Kriegszeit, so sind die Löhne der Bergarbeiter in allen preussischen Bergrevieren weiter gestiegen; diese Steigerung bewegt sich in den einzelnen Bezirken zwischen 9 Pf. (Braunkohlenbergbau Halle) und 50 Pf. (im Mansfelder Kupferschieferbergbau). Von den größeren Bergrevieren weist der Oberbergamtsbezirk Dortmund eine durchschnittliche Lohnsteigerung für alle Arbeiter im Bergbau um 29 Pf. auf, wachsend Ober- und Niederschlesien mit 12 und 15 Pf. Lohnsteigerung — wie immer — hinter anderen Steinkohlenrevieren nach. Auf die einzelnen Bezirke berechnet, zeigt sich über die Zahl der Arbeiter, über die verfahrenen Schichten sowie über den Gesamtvierteljahrslohn für das 3. Vierteljahr 1918 folgendes Bild. Es betragen im

	Gesamtzahl der Arbeiter	Verfahrenen Schichten	Vierteljahrslohn	Reiner Lohn pro Schicht
Ruhrgebiet	294 852	89	585	6,57
Oberschlesien	104 900	85	388	4,56
Niederschlesien	21 102	87	303	4,19
Saargebiet	34 406	85	440	5,10
Wagener Revier	9 345	68	480	5,55
Niederrh. Steinkohlenbergbau	10 382	85	551	6,87
Haller Braunkohlenbergbau	31 631	82	358	4,37
Winksch. Braunkohlenbergbau	9 142	84	435	5,17
Haller Salzbergbau	5 360	83	407	4,91
Clausthal Salzbau	5 572	82	396	4,82
Mansfelder Erzbergbau	16 388	87	459	5,30
Oberharzer Erzbergbau	2 578	75	417	5,53
Siegener Erzbergbau	9 909	80	459	5,72
Rassau-Wehlarer Erzbergbau	8 832	80	385	4,58
Rechtsrh. Erzbergbau	4 128	80	401	5,04
Winksch. Erzbergbau	2 842	79	385	4,20

Die eigentlichen Bergarbeiter (Hauer und Schauer) verdienen im Vergleich zum letzten Friedensvierteljahr 1914 und zum 2. Vierteljahr 1918 (wir sehen die Prozentziffer der „eigentlichen Bergarbeiter“ von der Gesamtbelegschaft in erster Reihe voran) wie folgt:

	von Hundert	Verdienster Lohn pro Schicht 2. Viertel 1914 Mk.	2. Viertel 1918 Mk.	3. Viertel 1918 Mk.
Muhrgebiet	45,5	6,19	8,05	8,50
Oberschlesien	24,0	4,87	6,62	6,85
Niederschlesien	37,5	3,93	4,75	4,98
Saargebiet	42,4	5,08	6,06	6,29
Wagener Revier	42,8	5,43	6,73	6,86
Niederrh. Steinkohlenbergbau	53,8	6,14	7,92	8,48
Haller Braunkohlenbergbau .	29,3	4,17	5,17	5,34
Winksch. Braunkohlenbergbau	28,0	4,35	5,90	6,23
Haller Salzbergbau	27,1	4,72	5,63	5,82
Clausthaler Salzbergbau . .	27,7	4,98	5,76	6,08
Mansfelder Erzbergbau . .	44,6	3,83	5,76	6,40
Oberharzer Erzbergbau . .	32,1	4,13	6,72	7,20
Siegener Erzbergbau	52,0	5,08	6,43	7,02
Rassau-Wehlarer Erzbergbau	63,8	3,70	4,86	4,93
Rechtsrh. Erzbergbau	51,0	4,50	5,85	6,03
Winksch. Erzbergbau	51,0	3,69	4,46	4,72

Die höchsten Lohnsteigerungen gegen das 2. Vierteljahr 1918 weisen bei den „eigentlichen Bergleuten“ das Ruhrrevier mit 45 Pf., der niederrh. Steinkohlenbergbau mit 51 Pf., der Mansfelder Erzbergbau mit 64 Pf. und der Oberharzer Erzbergbau mit 48 Pf. auf.

Im bedeutendsten Bergrevier, im Ruhrbecken, entwickelten sich die Löhne während des Krieges also vom 2. Vierteljahr 1914 von Vierteljahr zu Vierteljahr für die Gesamtbelegschaft: 5,07, 5,03, 5,18, 5,39, 5,62, 5,80, 6,02, 6,28, 6,57 Mk.; für die Masse der eigentlichen Bergleute: 6,08, 6,13, 6,36, 6,66, 7,04, 7,29, 7,62, 8,05 und 8,50 Mark. Der Lohn ist bei der Gesamtbelegschaft während der Kriegszeit also um 1,50 Mk. gleich 29,8 Prozent und bei den eigentlichen Bergleuten um 2,42 Mk. oder um 39,8 Prozent gestiegen. Der Vierteljahrsverdienst betrug im 3. Vierteljahr 1914 für die Gesamtbelegschaft 410 Mark, im 3. Vierteljahr 1918 585 Mk., das ist eine Steigerung um 175 Mk. oder um 42,7 Prozent; bei den eigentlichen Bergleuten war die Steigerung des Vierteljahrslohnes von 484 Mk. auf 758 Mk. oder um 274 Mark, das ist um 56,6 Prozent! Man darf hierbei aber nicht vergeßen, daß die Zahl der durchschnittlich verfahrenen Schichten im Ruhrrevier im 3. Vierteljahr 1914: 81 Schichten, im 3. Vierteljahr 1918 aber 89 Schichten betrug.

Für die sonstigen unterirdisch Beschäftigten (Arbeiter betrug der Lohn im 3. Vierteljahr 1914: 4,50 Mk., im 2. Vierteljahr 1918: 5,37 Mk., im 3. Vierteljahr 1918: 5,60 Mark; für die über Tage Beschäftigten (Erwachsenen)

senstern der Läden dieser „Vaterlandsfreunde“ angeordnet. Wie wirksam dieses Mittel ist, geht daraus hervor, daß verschiedene dieser Kriegsmüchler Widerstand gegen diese Art der Bekanntmachung erhoben haben. Staatsanwalt Dr. C. Bald weist in der Mundschau für den deutschen Juristenstand „Das Recht“, überzeugend nach, daß die Gerichte hierzu nicht nur berechtigt sind, sondern daß die erwähnte Art der Bekanntmachung in schweren Fällen als die einzig wirksame ganz besonders zu empfehlen ist. Auch wir sind der Ansicht, daß hierdurch, wenn gleichzeitig noch je nach der Schwere des Kriegsmüchlers und dem Vermögen des Wucherers hohe Geldstrafen verhängt werden, diesen Schänden des Lebensmittelmarktes sehr rasch der Appetit vergen wird.

Unverkoren.

Aus einer Anzeige in der „Tageszeitung für Nahrungsmittel“ kann man erkennen, was für Geschäftspraktiken sich jetzt ungeheuer in die Öffentlichkeit wagen. Das Angebot lautet also: „Sonntagblätter, edle Form mit abgerundeten Kanten, ohne Inhaltsbezeichnung, circa 1/2 Pfund Inhalt, für den Verkauf als 1/2 Glas, da groß ausfällt, elegante Aufmachung“ usw. Dem ist nichts weiter hinzuzufügen als der Name dieser geschäftstüchtigen Firma, nämlich G. Müller in Wismar bei Völs.

Berggesetzgebung und -Verwaltung.

Ueber die Verstaatlichung der Sibiria

wurde am 9. Dezember im preussischen Landtag in erster Lesung und am 13. Dezember in der Haushaltskommission beraten. Sobald es unser Raum gestattet, kommen wir auf die lehrreichen Verhandlungen zurück. Unser Kamerad Hue sprach sich grundsätzlich für Bergbauverstaatlichung aus, lehnte aber den Verkauf der Sibiria ab, weil der Kaufpreis zu hoch ist, daher die erwartete Gewinn nur herausgewirtschaftet werden kann, wenn die Kohlenpreise die Selbstkosten, in der Hauptsache die Arbeiterlöhne, niedrig gehalten werden. Durch diese Folgen wird die Bergbauverstaatlichung nur erschwert. Kamerad Hue nahm auch als Kommissionsmitglied an der Beratung der Sibiriaabgabe in der Haushaltskommission des Landtages teil. Hier ging er speziell auf die Löhne und die Gesundheitsverhältnisse der Sibiria-Arbeiter ein. Um eine sachgemäße, gründliche Prüfung der Sibiriaabgabe zu ermöglichen, stellte Hue in der Kommission folgenden Antrag:

„Die Kommission wolle beschließen, die kgl. Staatsregierung zu ersuchen, der Kommission mitzuteilen, daß zur Kenntnis bringen zu wollen:

1. eine Aufstellung über die Kohlenförderung sowie über die Selbstkosten, Erlöse, Roh- und Meiningewinne pro Tonne Förderung der Aktiengesellschaft Sibiria in den Jahren 1910 bis einschl. 1916; hierbei sind die Lohnkosten pro Tonne Förderung besonders anzugeben;
2. eine Aufstellung über die von genannter Aktiengesellschaft in derselben Zeit erzielten Produktion an Kohle, Bräunstein, der bei der Verkohlung gewonnenen Nebenzeugnisse, über die hierfür erzielten Einnahmen, Roh- und Meiningewinne;
3. die Bilanzen der Aktiengesellschaft Sibiria am Ende der Jahre 1905, 1910 und 1916, mit besonderer Angabe der offenen und der stillen Reservefonds;
4. den Wortlaut der zwischen der staatlichen Bergbaubehörde einerseits und der Aktiengesellschaft Aktiengesellschaft Sibiria andererseits abgeschlossenen Verträge betreffend den Betrieb des Sibiria zum genannten Endzitat;
5. den Wortlaut der am 1. April 1917 gültigen Fassung des Aktiengesellschafts Statuts, sowie seiner Verträge mit den angeschlossenen Betrieben und Handelsgesellschaften;
6. die Liste der für die Dauer des Syndikats vereinbarten Verteilungssätze der einzelnen Mitglieds;
7. die Preislisten (Marktpreise und tatsächliche Verkaufspreise) des Syndikats ab 1. April 1910 bis Oktober 1916;
8. die Höhe der vom Syndikat beschlossenen und durchgeführten Fördereinsparungen seit 1905 und die während derselben Zeit erhobene Umlage (Prozentfuß).

Nach mehrstündiger Debatte wurde zwar dieser Antrag im ganzen abgelehnt, aber einstimmig beschlossen, die unter Ziffer 4, 5, 6, 7 und 8 des Antrags geforderten Materialien solle die Regierung bei der Beratung des Berggesetzes 1917 vorlegen. Die Sibiriaabgabe wurde dann von der Kommission angenommen. Dagegen stimmte nur Hue.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein leistungsfähiges Spiel.

Wir haben in voriger Nummer unserer Zeitung in dem Artikel „Demagogie“ auf eine Aufschrift eines Berliner Metallarbeiters an den Braunschwäger „Vollstreckung“ Bezug genommen. In dieser Aufschrift wurden geradezu gemeine Vorwürfe gegen die Gewerkschaften und ihre Führung erhoben und es mußte schon ein Mann wie Minister an irgend einem Blatte stehen, um einem solchen Nachwerk Aufnahme zu verschaffen. Wie unerschrocken die erbosten Beschuldigungen und die in der Aufschrift gemachten Vorschläge, den Gewerkschaften die Beiträge zu sperren, sind, das zeigt am besten, daß selbst ein Organ, wie die „Leipziger Volkszeitung“, es für angebracht gehalten hat, den Metallarbeiter abzusprechen. Die „Volkszeitung“ ist, wie der „Vollstreckung“, in der Arbeiterbewegung ein radikal links stehendes Organ und in der Wahl der Mittel auch nicht immer verlegen, wenn es sich um die Bekämpfung der sozialdemokratischen Parteimeinung und evtl. der Gewerkschaften handelt. Deshalb ist es um so interessanter, was das Leipziger Blatt zu sagen hat. Es ist zunächst auch nicht mit der Haltung der Gewerkschaften einverstanden, gütigt dann die von dem Metallarbeiter gemachten Vorschläge, die Beiträge an die Gewerkschaften zu sperren und führt hierzu aus:

„Wir hätten diese aus einer heillosen Konfusion geborenen Vorschläge einfach beiseite gelegt, wenn nicht ein Parteiblatt, der Braunschwäger „Vollstreckung“, den ganzen Brief abgedruckt und damit den Anschein erweckt hätte, als sei die Frage überhaupt diskutabel. Jedenfalls war man sich dort über die Folge einer derartigen Empfehlung ebenso wenig klar wie im Kreise derjenigen Berliner Genossen, die diesen unverständlichen Plan ausgedacht haben. Derartige Vorschläge kann nur beruhen in der Absicht, die Gewerkschaften die Aufgaben und die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation begriffen hat, noch weiß, welche unendliche Mühen und Opfer es kostet, eine Organisation wieder neu aufzubauen. Und darüber besteht wohl kein Zweifel: Würde dieser R. H. Hue ausgedacht, dann bedeutet das einfach die völlige Auflösung der Gewerkschaften und eine offene Preisgabe der Arbeiterinteressen. Das ist dem R. H. (der Metallarbeiter, D. Red.) wohl auch selbst zum Bewußtsein gekommen, weshalb er im Gegensatz zu seinem leistungsfähigen Plan den Widerstand im Friedensjahre empfiehlt, was er seinen Vorschlag zugleich der verdienten Lächerlichkeit preisgibt. Wir glauben, die Arbeiterkassen haben soweit denken gelernt, daß sie derartige Zumutungen, durch deren Befolgung sie sich ihren wirtschaftlichen Gegnern, die jetzt schon neue Waffen gegen sie schmieden, geradezu wehrlos ausliefern würden, auch ohne abzuwarten. Sie werden andere Mittel und Wege finden, um ihre Organisationen so auszubauen, wie es ihren Wünschen und Anschauungen entspricht. Auch wir sind der Meinung, daß in den Gewerkschaften eine gründliche Aussprache über Wege und Ziele notwendig ist, und daß eine Neuorientierung der Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiter erfolgen muß. Das kann aber nur geschehen innerhalb einer großen, geschlossenen Organisation, die auch in den Zeiten der Gärung und Märgung dem Gegner gegenüber keine Woge zeigt. Nach den Erfahrungen des Krieges und unter dem Druck des nach-dem-Kriege auf der gesamten Arbeiterchaft lasten

wird, werden sich die Interessen der Massen gegen die kleine Gruppe derer, die, beauftragt durch ihre „Erfolge“, den richtigen Maßstab verloren haben, ganz von selbst durchsetzen, und zwar um so leichter, je handhafter die Mitglieder allen Zersplitterungsversuchen widerstehen.“

Es ist richtig: nur ein konsequenter Kopf kann solche Vorschläge der Öffentlichkeit unterbreiten, nur ein Mensch, der vom Wesen der Gewerkschaften keine Ahnung hat. Aber ist es ein Wunder, wenn es solche Menschen gibt? Wer jahrelang solche Zeitungen genossen hat, wie den früheren „Vorwärts“, den „Vollstreckung“, die „Leipziger Volkszeitung“, die „Leipziger Volkszeitung“, der hat eine Erzählung hinter sich, die zu solchen Anschauungen, wie sie der Berliner Metallarbeiter zum Ausdruck bringt, führen muß. Auch in den vorstehenden Ausführungen des Leipziger Blattes finden wir verstaubte Einwände gegen die Gewerkschaften, die u. U. jeder Grundlage entbehren. Wenn es gibt einzelne Leute, auch in der Gewerkschaftsbewegung, die sich die Neuorientierung der Gewerkschaft, der Politik und auch der Gewerkschaften als solche haben doch festen Weg und klares Ziel. Ihre Aufgabe ist es, den sozialen, politischen, geistigen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse zu fördern. In dieser Arbeit haben sie bisher nicht gescheitert und wir wissen nicht, wo die Gewerkschaften in ihrem Streben, die Arbeiterklasse vorwärts zu bringen, Fehler gemacht hätten, die mit Recht eine solche Beurteilung hervorgerufen könnten, wie sich das auch aus dem obigen Zitat der „Leipziger Volkszeitung“ ergibt.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Becke Bonifatius I und II. Hier gibt es Leute, die in Mülheim-Eppendorf wohnen und auf Bonifatius arbeiten. Diesen Kameraden wurden Bescheinigungen ausgestellt, daß sie früh 5 1/2 Uhr ausfahren dürften, damit sie den Zug 6,10 Uhr noch erreichen könnten. Jetzt auf einmal, am 12. Dezember, wird diese Ausfahrt um 5 1/2 verbietet und für 5,45 Uhr angeordnet. So kommt es, daß der Zug nicht mehr erreicht wird und die Leute bis 8,40 Uhr auf dem Bahnhof liegen müssen. Wer es nicht auf Zeitgleichheit abgesehen hat, der wird den Leuten solche Verlegenheiten nicht bereiten. Wir hoffen, daß die Anordnung zurückgenommen und der alte Zustand wieder hergestellt wird.

Becke Zollring IV. Von den Arbeiterschaft wird hier, wie überall, Mißstände beklagt, aber den Arbeitern gegenüber läßt man sie weniger aus. Der 3. Minuten über die Zeit kommt, denn wird die Marke nicht ausgehändigt, aber die Leute von der 3. Sohle liegen hier noch so lange über ihre Zeit hinaus noch im „Loche“. Da wird es 4 Uhr, ehe sie herabkommen. Kann das nicht geändert werden und wo bleibt der Arbeiterausstieg?

Schacht Uhlberg. Wir haben der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen, daß der Betriebsführer am 8. Dezember vor einer Unzahl Arbeitsschichten das Gebot um 10 Pf. für den Wagen gekürzt hat. Wir meinen, daß dieser Abzug in einer Zeit, wo den Bergwerksbesitzern hohe Kohlenpreise zugute kommen und ihre Gewinne steigen, sehr zu Unrecht erfolgt. Dabei betragen die Sauerlöhne nur 7—8 Pf. Man springt mit den Arbeitern um wie man will, aber das meinen wir doch, daß der Betriebsführer sein Recht hat, schon für diesen Monat den Lohn zu kürzen. Der Arbeiterausstieg soll benachrichtigt werden, die Angelegenheit ins Reine zu bringen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Arbeiterausstellung der Zechen Alma, Rheinische I/II und III.

Am 1. Dezember fand eine Arbeiterausstellung vorstehend genannter drei Schichtanlagen statt. Zunächst gab der Vorsitzende, Herr Bergamtsrat Lindenberg, bekannt, daß dem in der vorigen Sitzung angeregten Wunsch der Arbeiter auf Befreiung von Gewerkschaften für die Arbeiterausstellung leider nicht entsprochen werden konnte, da zwar viele Offerten eingegangen seien, die Preise und dementprechend auch wohl die Qualität der Waren zu berücksichtigen wären, daß damit nichts anzunehmen wäre. Auch wären die Sorten zu verschiedenartig und endlich wollten die betreffenden Firmen die nicht gängigen Sachen nicht zurücknehmen. Ferner war in der vorigen Sitzung angeregt, solchen Kameraden, die unter Einwirkung des eigenen Lebens andere Kameraden aus Lebensgefahr retten, eine Anerkennung zu gewähren. Es war ein bestimmter Fall angeführt. Der Herr Vorsitzende machte bekannt, daß dafür dem Kameraden G. eine Belohnung von 30 Mark und dem Steiger S. eine solche von 50 Mark zuerkannt wäre. Auch für die Zukunft solle bei ähnlichen Fällen ebenso verfahren werden. Auf der heutigen Tagesordnung standen folgende Sachen: 1. Lebensmittelverkauf; 2. Anlegung von weiblichen Personen unter Tage; 3. Reinigung und Reparatur der elektrischen Grubenlampen; 4. Kohlenzufuhr für Bergleute; 5. Ausfahren der Beamten; 6. Abgabe von Düngemitteln an die Arbeiter; 7. Bestellung eines Straßenbahnwagens für auswärtige Arbeiter. — Zu 1: Mehrere Ausstellungsmitglieder beschwerten sich darüber, daß die Verteilung der Lebensmittel, besonders der wichtigsten, unzureichend erfolge und die Kontrolle nicht genügend sei. Auch sei in allen Fällen nicht immer das richtige Gewicht gegeben worden. Es sei mehrfach vorgekommen, daß z. B. bei Wurzeln 25 Pfund gefordert und bezahlt seien, aber nur 20 Pfund geliefert worden sind. Auch würde der Verkauf nicht zeitig genug bekannt gegeben, so daß meistens nur die in der Nähe der Zechen wohnenden Arbeiter die Waren erhielten, während die entfernt wohnenden das Nachsehen hätten. Bei der ungenügenden Kontrolle komme es auch sehr häufig vor, daß Leute, die mit der Zechen nichts zu tun hätten, die Waren abschleppen und die eigenen Arbeiter leer ausgingen. Ferner wurde darüber geflagt, daß auf anderen Zechen, auch solchen, die derselben Gesellschaft gehören, mehr Zeitwaren zur Verteilung kämen. Das Gebot an den Verkaufsleuten sei auch viel zu groß und müsse auf bessere Ordnung gesehen werden. Ebenso solle das Entgegenkommen des Verkaufspersonals zu wünschen übrig. Der Vorsitzende fand Nachprüfung der verschiedenen Wünsche und Beschwerden zu. — Zu 2: Der Vorsitzende äußert sich dahin, daß einleitend nicht die Absicht besteht, Frauen unter Tage zu beschäftigen. In Anbetracht der unzureichenden Kriegsbereitschaft müsse man nicht, was die Zukunft bringt. — Zu 3: Es wird Klage geführt über Mängel der Beschaffenheit, mangelhafte Reinigung und nicht richtige Vorsehung der Reparaturkosten der elektrischen Grubenlampen. Der Vorsitzende sagt Untersuchung zu, bemerkt aber, daß infolge des Krieges viele Materialien nicht in derselben Güte wie sonst zu haben seien und daher mal ein Verlangen der Lampen vorzukommen könne. — Zu 4: Es wird Beschwerde darüber geführt, daß der Zechenführer mit dem Preise für die Zufuhr der Hausbrandkohlen für die Arbeiter während der Kriegszeit um 133 Prozent gestiegen ist. Der Vorsitzende bemerkt hierzu, daß er dazu keine Entscheidung gegeben habe. Er habe den Preis auch nicht zu hoch, da das Werbematerial jetzt sehr viel mehr so teuer sei wie früher und auch die Futterpreise um das Vielfache gestiegen seien. Auf die Bemerkung eines Ausstellungsmitgliedes, daß die Lebensmittel für die Arbeiter ebenfalls ganz ungeheuer gestiegen seien und auch eine Lohnaufwertung um 133 Prozent sehr am Platze wäre, erfolgte leider keine Antwort. — Zu 5: Es war in letzter Zeit angeordnet, daß die Beamten mit dem ersten Korb einsteigen mußten und erst nach Beendigung der Schicht ausfahren dürften. Es wurde nun gewünscht, daß hier der alte Zustand wieder eingeführt würde, da die Arbeiter sonst ja hundentlang nach der Ausfahrt warten müßten, um die Eriger zu treffen, wenn sie sich Gesehe, Kohlen, Porzellan usw. verschreiben lassen wollten. Es ist jetzt angeordnet, daß die Beamten wieder mit dem ersten Korb ausfahren. — Zu 6: Es wird im Interesse der Lebensmittelversorgung die kostenlose Abgabe von Düngemitteln an die Bergleute gewünscht. Der Vorsitzende sagt Erwägung zu. — Zu 7: Es wird gebeten, den Arbeitern von Wattenfäden, Weissenfäden, Günnigfäden usw. einen Straßenbahnwagen zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitzende sagt Entgegenkommen an, falls wegen Kohlenknappheit die Straßenbahn nicht zu einer einschneidenden Einschränkung des Betriebes kommen sollte. Sodann regt ein Ausstellungsmitglied, von Rhein-Eibe III noch an, den Schichtführern eine Zulage von 20 Pf. zu gewähren. Der Vorsitzende sagt dies für verheiratete, bedürftige und fleißige Arbeiter zu. Jugendliche usw. sollen dagegen nur 10 Pf. erhalten. Ferner wird noch gebeten seitens eines Ausstellungsmitgliedes von Rhein-Eibe III, (Mitglied des „wirtschaftlichen“ Vereins!) unter Androhung der Arbeitsnieder-

legung, für die Tagesarbeiter ebenfalls Brotzuschüsse zu gewähren! Der Vorsitzende sagt zu, wenn die Zulage möglich sei. Weiter wurde noch Beschwerde erhoben, daß Bureaubeamte Brotzuschüsse erhalten. Der Vorsitzende sagt Untersuchung zu. Dann wird noch von Rhein-Eibe I und II darüber Beschwerde geführt, daß in der Wäsche keine viel geliehen wird. Selbst dem Kammerdiener sei die Uhr geliehen. Es soll besserer Aufsicht ausgesetzt und die Tür zur Wäsche nicht geschlossen gehalten und nur zur Zeit des Schichtwechsels geöffnet werden. Endlich wird noch Klage geführt, daß die Kameraden, die in Wässhäusern und Wäsche wohnen, seitdem der Zechen keine Seltensachstoffe erhalten und die Gemeinden ihnen dieselben auch nicht geben. Hieran bemerkt der Vorsitzende, daß diese Leute sich auf der Zechen eine Beschneidung ausstellen lassen sollten, daß sie zum Bezüge der Aufsichtarten berechtigt seien, die Gemeinden seien dann verpflichtet, solche zu verabfolgen. Nach schließlicher Tagung konnte dann kurz nach 10 Uhr abends die Sitzung geschlossen werden.

Somit der Bericht. Daß ein „Wirtschaftsriedlicher“ unter Androhung eines Streiks Lohnzulage wünscht, ist sehr interessant. Das kommt daher, daß er das Programm seiner Organisation noch nicht kopiert hat, was bei vielen der „wirtschaftsriedlichen“ Arbeiter der Fall sein soll.

Ausstellung auf Zechen Hugo.

In der gemeinsamen Arbeiterausstellung am 27. November führte Herr Bergamtsrat Johann den Vorsitz. Angeregt wurde seitens des Ausschusses, den Delegationsmitgliedern nach 25-jähriger Dienstzeit das Streikjahr (soll wohl heißen: die Kontraktfrustration) aus dem Streikjahr 1912/13 (D. Red.) nicht anzuerkennen. Der Bergamtsrat erklärte, diesen Wunsch an zuständige Stelle übermitteln zu wollen. Den Wünschen, in der Kolonie bessere Lichtverhältnisse zu schaffen, soll Rechnung getragen werden; ebenso wird für wärmeres Wasser in den Brausen der Rauen gesorgt werden. Ueber die Wäsche auf der Tagesarbeiter konnte der Vorsitzende keine Auskunft geben, er wüßte ihnen diese Zulage und wolle tun, was in seinen Kräften stünde; die Seitenkalamität könne er nicht befehlen, zur Verfügung könne er uns Seltensachstoffe stellen. Im Hand von graphischen Darstellungen legte der Herr Bergamtsrat beim Punkt „Schneefall“ dar, daß der durchschnittliche Sauerlohn am Schicht I 1,63 Mk., auf Schicht II 1,45 Mk. und auf Schicht III 1,79 Mk. betrage. Im übrigen seien jetzt die Selbstkosten derartig gestiegen (z. B. Holz um 50 Prozent), daß an Ueberschüsse nicht zu denken sei, wenn die Marktpreise für Kohlen nicht gestiegen werden. Demnach wird auch kein Aufschlag besonders die Aufbesserung der Schichtlöhne, auch wird für die in der Wässhäusern Arbeiter (Kammerdienern usw.) eine Erhöhung ihres Lohns notwendig sein, selbstverständlich sollen auch die jugendlichen Arbeiter berücksichtigt werden. Der Herr Bergamtsrat meinte, daß die Schichtlöhne der Tagesarbeiter nicht um 20, sondern um 50 Pf. erhöht wären und weitere Lohnsteigerungen sollen in Erwägung gezogen werden. Desweiteren wurde sich noch über zu hohe Lampenreparaturkosten, worauf erwidert wird, daß sich die Leute, denen für diese Reparaturen zuviel abgezogen worden sei, sich beim Betriebsführer melden sollen.

Lebensmittelversorgung der Schwerstarbeiter.

Von der Zechen Konfolidation wird uns berichtet, daß das Werk seinerzeit Sped für seine Gesellschaft ausgedacht hatte, die Zechen, aber verhielt es, daß die Arbeiter Sped erhalten. In den Mehrgeländen von Welsenkirchen ist aber meist auch kein Schweinefleisch zu erhalten, dahingegen gibt es jedoch in den Zechenbetrieben in Höhe und Fülle. Die Arbeiter Grillo-Funde (heißt Mannesmannwerke), Wäcker & Comp. (heißt Guteschneidwerke), Fabrik Brante, Schraubenfabrik Hübner und Wundschelbacht, alles Werke, die auch viele Frauen beschäftigen, verteilen an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen ziemlich große Mengen Sped. Auch die Frauen erhalten bis zu 2 Pfund. Wie haben nichts dagegen, daß dies geschieht, aber wir meinen, wenn Vergleiche zu den Schwerstarbeitern gezogen, Zechenarbeiter nicht, dann sollen die Bergarbeiter bei der Verteilung von Sped entweder zuerst oder wenigstens mit berücksichtigt werden. Die Stadtverwaltung von Welsenkirchen mag hier einmal nach dem Rechten schauen.

Politik der Zechenarbeiter als Rohrbreiter.

Das Vaterländische Hilfsdienstgesetz hat bereits Vorbereitung zur Rohrbreiterei. Vorwiegend kommt das Handelsgewerbe, wie überhaupt jeder Vordienst in Betracht. Besonders die Kriegsgesellschaften, jedoch auch private Unternehmer, die als militärisch zwecklos als unmittelbar oder mittelbar zum Kriegsdienst gehörend betrachtet werden können, sind seit Bekanntwerden des Hilfsdienstgesetzes mit Angelegenheiten von Wehrberatern und Wehrverordnungen geradezu überhäuft worden, die sich als Gratiestrafen für den Vordienst anbieten. Es handelt sich dabei um Damen, Hausfrauen, männliche und weibliche Rohrbreiter, junge und ältere Männer und um Leute in Stellungen, die vermutlich als nicht dem Vaterländischen Hilfsdienst genügend erachtet werden. Alle dergleichen Stellenfuchende befürchten, daß sie vielleicht zu unangenehmer oder gar körperlicher Arbeit angehalten werden könnten, wenn sie keinen sicheren Unterschlupf finden. Daher die Gratiestrafen für Stellen, die man als Schutz gegen Zwangsarbeit wertet. Der Gratiestrafen erweist sich wieder mal als ein Mittel, mit dem man nach Vorzügen angelt. Wer es sich leisten kann, bietet seine Arbeitskräfte für Stellen an, die nicht zu sehr mit Beschwerden verbunden sind. Als Gratiestrafen darf man hoffen, daß der Unternehmer seine übermäßigen Ansprüche stellt. Es erscheint sogar nicht ausgeschlossen, daß Leute mit großem Vorkenntnisse nach Geld zugehen, um ein Pöhlchen zu erlangen, das vor gefährlicher Zwangsarbeit schützt. So schlüpfen sie durch die Maschen des Vaterländischen Hilfsdienstgesetzes.

Diese Erscheinung hat eine ernste Bedeutung für Arbeitskräfte, die auf Erwerb angewiesen sind. Die Bescheidenden laufen sich nicht allein sozusagen frei vom Arbeitszwang, sie treiben damit andere Leute aus den Profiteilen. Heberdies wirken die Gratiestrafen zweifellos allgemein schädlich. Die Unternehmer haben ja die Zurecht! Es handelt sich da um eine Auslegung der von größerer Bedeutung, als auf den ersten Augenblick erscheinen mag, und daher muß ihr besondere Beachtung geschenkt werden. Es ist unbedingt Vorsorge zu treffen, daß nicht bisher besoldete Stellen in unbefüllte oder mit geringerer Gehalt entlohnte umgewandelt werden.

Warnung vor dem Bezug von Lebensmitteln aus dem Auslande.

Von ausländischer Stelle teilt man uns mit: In den neutralen Ländern, besonders Holland und Dänemark, hat sich seit Monaten ein schwunghafter Handel entwickelt, der sich mit der Verbringung von Lebensmitteln in Belgien an private Besteller in Deutschland befaßt. Verschiedene Anserate, in denen Butter, Eier, Fleisch, Sped usw. angeboten werden, erscheinen in deutschen Zeitungen und finden nur zu mäßiger Beachtung. Das deutsche Publikum kann nicht bringend genug davor gewarnt werden, sich auf diese Anpreisungen einzulassen, und zwar aus folgenden Gründen: Auf der einen Seite sind viele der Firmen, die die Waren anbieten, einfach Schwindler und die Waren sind von schlechter Qualität. Sie verlangen von den Bestellern die vorherige Einzahlung einer Anzahlung und lassen nichts mehr von sich hören, sobald sie das Geld erhalten haben. Auf der anderen Seite können die Lebensmittel, selbst wenn sie richtig abgepackt werden, nicht in die Hände der Wehrleute gelangen, denn soweit es sich um zentralisierte Waren handelt (Butter, Käse, Eier, Margarine, Schmalz, Hülsenfrüchte, Fleisch und Fleischwaren, Gerste, Mais, Reis, Raps, kondensierte Milch), müssen die mit der Durchführung der Zentralisierung beauftragten Gesellschaften der ihr vom Staat übertragnen Pflicht genügen und die aus dem Auslande kommenden Lebensmittel mit Bescheinigung belegen, auch wenn es nur die geringen Mengen eines Postpaketes sind. Die Entschädigung, die der Besteller dann erhält, bleibt meist unter dem der ausländische. — Ritma bezahlten exorbitanten Preise. Auf jeden Fall hat also das Publikum, das sich auf privaten Wege Lebensmittel aus dem Auslande beschaffen will, nur Schaden davon. Wer sich vor diesem Schaden bewahren will, wird gut tun, den ausländischen Anpreisungen keinerlei Beachtung zu schenken.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Die Wettermänner im Saarbergbau.

haben schon im Frühjahr 1914 dem Landtag eine Petition überreicht, in welcher sie um Erhöhung ihrer Löhne, Gleichstellung der Bezahlung im ganzen Saarbergbau und Aufhebung in eine höhere Pensions-

Leichen-Äolender für Berg-
arbeiter werden so zahlreich bestellt, daß es uns bei dem wenigen uns zur Verfügung stehenden Personal nicht möglich ist, allen Bestekern sofort liefern zu können. Wir bitten daher um etwas Geduld. G. Sandmann & Co.